

# Durchblick

ver.di

6. Jahrgang, Nr. **74**; 19. April 2004

Zeitung der ver.di-Vertrauensleute im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach

*Jetzt will auch die Knappschaft Tarifvertrag kündigen:*

## Weihnachts- und Urlaubsgeld futsch?

**Nach uns vorliegenden Informationen könnte die Bundesknappschaft zum 30. Juni die Tarifverträge zum Weihnachts- und Urlaubsgeld kündigen. Dann wirkt rechtlich nur für tarifgebundene Beschäftigte der Tarifvertrag nach. Auf deutsch: ver.di Mitglieder werden dann einen Anspruch auf Weihnachtsgeld bzw. Urlaubsgeld haben.**

Gerade im öffentlichen Dienst erleben wir zur Zeit, dass die öffentlichen Arbeitgeber insbesondere von Ländern und Bund die derzeitige schlechte finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte nutzen, um einseitig Einschnitte bei Zuwendung und Urlaubsgeld und Verlängerungen der Arbeitszeiten bei den Beamtinnen und Beamten per Gesetz durchzusetzen. Letztes Jahr kündigten Bund und Länder die Tarife für das Weihnachts- und Urlaubsgeld. Im März 2004 kündigte die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) die Arbeitszeitbestimmungen. In Bayern will man jetzt die 42-Stunden-Woche durchsetzen.

Am 2. April verurteilte unsere Bundestarifkommission die Kündigung der Arbeitszeitbestimmungen in den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes auf das Schärfste und stellte fest, dass die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) damit den gemeinsam in der Vereinbarung zur Neugestaltung des Tarifrechts („Prozessvereinbarung“) vom 9. Januar 2003 festgelegten Weg endgültig verlassen hat.

Eine Wochenarbeitszeitverlängerung auf 42 Wochenstunden kommt einer Lohnkürzung von zirka zehn Prozent gleich. Weit über 100.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst der West-Länder werden dadurch akut gefährdet und betriebsbedingte Kündigungen wahrscheinlicher. Bei Übertragung auf den gesamten öffentlichen Dienst wären mehrere 100.000 Arbeitsplätze betroffen

In ihren Begründungen macht die TdL denn auch den ganzen Katalog ihrer Wunschvorstellungen wieder auf: von Einschnitten beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld, regional differenziert nach Kassenlage, über den Einstieg in Arbeitszeitverlängerungen bis zu 42 Stunden bis hin zur Umwandlung von bis zu zwanzig Prozent des Einkommens für Leistungsbezahlung! Sie haben sich nicht verlesen – genau das hat der Geschäftsführer der TdL am 31.1. in „Die Welt“ gefordert. O-Ton Rieger: „Es muss möglich sein, Angestellten,



## Über 5000.000 Kollegen

**demonstrierten am 3. April in Berlin, Köln und Stuttgart gegen den Sozialabbau und für eine neue Politik. Wir sind aufgestanden. Mit dabei die Kolleginnen und Kollegen der ver.di Betriebsgruppe im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach. Siehe Seite 3**

die weniger leistungsstark sind, den bisherigen Lohn zu kürzen“.

Dazu der ver.di Fachbereichsleiter Thomas Müller: „Wer – unter dem Vorwand der Leistungsvergütung - bis zu 400 Euro abziehen will, zusätzlich noch das Urlaubs- und Weihnachtsgeld kürzen oder streichen will und dann außerdem noch die Arbeitszeit auf bis zu 42 Stunden verlängern will, der hat entweder keine Ahnung, wovon er redet, oder er fährt eine tarifpolitische Kamikaze-Strategie; vielleicht auch beides gleichzeitig, was eine besonders explosive Mischung ergibt.“ Laut Müller reden wir über eine Lohn- und Gehaltssenkung von etwa 35 Prozent.

Wie aus Bochum zu hören ist, übt nun die Bundesregierung auch Druck auf die Bundesknappschaft aus und fordert unseren Träger

auf, die Tarife für Weihnachts- und Urlaubsgeld zu kündigen. Angeblich will man die Kündigung möglichst kurzfristig vornehmen, um Eintritte in die Gewerkschaft ver.di zu verhindern.

Rechtlich wird dann das TVG wirken. Dort steht, dass Tarifbestimmungen über Inhalt, Abschluss und Bedingungen des Arbeitsverhältnisses bis zum Abschluss eines neuen Vertrages weiter gelten. Für den Bereich der Bundesknappschaft heißt das: Beschäftigte, die ver.di Mitglied sind, haben weiter Anspruch auf das Weihnachts- und Urlaubsgeld. Wichtig ist, dass die Kollegin bzw. Kollege vor der Kündigung des Tarifvertrages Mitglied geworden ist. Deswegen geht der dringende Appell der Betriebsgruppe an alle Kolleginnen und Kollegen: werdet Mitglied bei ver.di!

*Durchblick spricht mit Hans Ruge*

# „Trotzdem sind wir nicht ganz zahlos“

Vom 25.- 27. Mai finden bei der Bundesknappschaft Personalratswahlen statt. Nachdem wir in den letzten Ausgaben die Kandidatinnen und Kandidaten vorgestellt haben, sprechen wir heute mit dem Personalratsvorsitzenden Hans Ruge.

Durchblick: Hans, was wird denn alles gewählt?

Hans Ruge: Es finden nicht nur Personalrats- und Hauptpersonalratswahlen statt, sondern es werden auch eine neue Jugend- und Auszubildendenvertretung und Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung gewählt.

Welche Bedeutung misst Du heutzutage Personalräten bei?

Wir erleben seit Jahren eine ständige Verschärfung der Arbeitsbedingungen in unserem Krankenhaus. Nach der Abschaffung der Personalpflegeregelung (PPR) – einer leistungsbezogenen Personalbemessung – werden Stellen



im Pflegebereich gekürzt, Ärztelisten schon seit Jahren Unmengen unbezahlter Überstunden, große

Bereiche unseres Krankenhauses wie z.B. die Küche, der Hausreinigungsdienst wurden in eine Service GmbH (DSL) ausgegliedert und ein Ende der Fahnenstange ist nicht zu sehen. Im Gegenteil: Durch die Einführung der DRG wird sich die Lage noch zuspitzen, der Druck auf unsere Beschäftigten wird weiter zunehmen. Da brauchen die Beschäftigten eine Institution, die ihre Interessen vertritt, die auf die Einhaltung von Tarifverträgen und Gesetzen achtet, an die man sich vertrauensvoll wenden kann, wenn man Probleme hat. Und das ist der Personalrat.

Und wieso hat dann der Personalrat z.B. die Gründung der DSL zugelassen?

Wenn der Personalrat Ausgliederungen verhindern könnte, würde er es tun, und wir haben auch alles getan, was möglich war. Aber wir leben in einer Gesellschaftsformation, die sich Kapitalismus nennt, daran will ich nur mal erinnern. Und da werden die Spielregeln nicht von uns bestimmt. Die Grundlage unseres Handelns ist das Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG), daran müssen wir uns halten. Leider ist das BPersVG nicht gerade das fortschrittlichste Personalvertretungsgesetz, das Saarländische Personalvertretungsgesetz z.B. gestattet dem Personalrat viel mehr Mitbestimmungsrechte – leider gilt es für uns nicht, weil unser Arbeitgeber Bundesknappschaft eine Bundeseinrichtung ist -, ganz zu schweigen vom Betriebsverfassungsgesetz. Trotzdem sind auch wir nicht ganz zahlos. Die Kunst besteht darin, die Möglichkeiten, die das

BPersVG bietet, so weit wie möglich auszu-reizen.

Welche Rolle spielt die Gewerkschaft verdi für die Personalratsarbeit?

Gute Personalratsarbeit ist ohne eine starke Gewerkschaft im Rücken nicht möglich. Das fängt beim Tagesgeschäft an. Wenn z.B.

KollegInnen mit arbeitsvertraglichen Problemen zu uns kommen, beraten wir sie selbstverständlich, haben aber auf Grund des BPersVG oft keine Handlungsmöglichkeit. Wenn sich herausstellt, dass die Lösung eines Problems juristische Hilfe erfordert, können wir die Kollegen an Verdi verweisen – vorausgesetzt, sie sind Mitglied - wo ihnen dann kompetent und unbürokratisch geholfen wird. Auch wir als Personalrat brauchen immer wieder selbst Rat und Unterstützung und da ist es sehr hilfreich, auf den Verdi-Apparat mit seinen



Juristen, Tarifexperten

zurückgreifen zu können.

Du bist Mitglied im Hauptpersonalrat der Bundesknappschaft und kandidierst jetzt wieder. Was macht eigentlich der Hauptpersonalrat?

Anders als beim Betriebsverfassungsgesetz sieht das BPersVG Stufenvertretungen vor. Jede Dienststelle wählt ihren eigenen Personalrat und dann wählen alle Beschäftigten der Bundesknappschaft noch den Hauptpersonalrat (HPR). Der HPR wird nach der Wahl aus 31 Mitgliedern bestehen und die Interessen von ca. 14.000 Knappschaftsbeschäftigten gegenüber der Bundesknappschaft vertreten. Der HPR wird zum einen im Rah-



men der Beteiligungsverfahren tätig, z.B. wenn sich unser Personalrat und Herr Moliator in einem Mitbestimmungsverfahren nicht einigen. Zum anderen wird der HPR unmit-

telbar beteiligt, wenn es sich um Angelegenheiten handelt, die in den Geschäftsbereich der Bundesknappschaft fallen, so z.B. bei Fusionen von Knappschaftskrankenhäusern mit Krankenhäusern anderer Träger, bei Trägerwechsel oder bei Schließungen von Knappschaftseinrichtungen, was ich glücklicherweise erst ein Mal erleben musste.

Was macht ihr da konkret?

Zunächst kann ich sagen, dass es uns bisher immer gelungen ist, die betroffenen Beschäftigten vor einem Sturz ins „Bergfreie“ zu bewahren, sei es durch Gestellungsverträge oder Personalüberleitungsverträge, die den KollegInnen ihre Besitzstände gesichert haben. Aber

auch bei der Bundesknappschaft wird die Luft dünner. Es finden gewaltige Umbrüche statt, nehmen wir nur einmal die Fusion Knappschaft mit See- und Bahnkasse zu einem neuen Sonderträger der Rentenversicherung. Können die Arbeitsplätze bei der Knappschaft gehalten werden, was passiert mit unseren Rehakliniken? Wie geht es weiter mit der knappschaftlichen Krankenversicherung? Überleben unsere Knappschaftskrankenhäuser die DRG? Die Prozesse werden immer komplizierter und vor allem schneller. Aber es ist natürlich auch spannend und interessant für mich, an solchen Prozessen mitwirken zu können.

Wie sieht es mit den JAV-Wahlen aus?

Die Jugend- und Auszubildendenvertretung ist für mich eine ganz wichtige Einrichtung. Wir müssen ja in Deutschland leider feststellen, dass vor allem junge Menschen immer weniger bereit sind, sich für andere zu engagieren. Darum freut es mich umso mehr, dass wir in Sulzbach andere Erfahrungen machen. Elf Auszubildende kandidieren für die fünf JAV-Mandate. Spitzenkandidatin ist Myriam Lütkeke, die auch für die Wahl der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung in Bochum antritt.

Wir haben bei unseren Auszubildenden einen gewerkschaftlichen Organisationsgrad von 88 %, viele waren mit uns in Stuttgart beim Aktionstag, also das lässt alles hoffen.

Über 500.000 Menschen zeigten ihre Wut:

# “Wir sind aufgestanden. Jetzt gilt es sich weiter zu widersetzen.“



Klassenschranken muss unseren Kindern eine gute Bildung möglich machen und lebenslanges Lernen fördern. Starke Schultern können und sollen mehr tragen als schwache.“ Nicht der Profit, sondern der Mensch gehöre ins Zentrum der Politik.

Astrid Kraus, Mitglied im bundesweiten attac-Koordinierungskreis, meinte, es sei höchste Zeit, es einzugestehen: „Das neoliberale Experiment ist weltweit gescheitert. Der Turbokapitalismus stößt an seine Grenzen. Es ist höchste Zeit für einen Politikwechsel. Doch diese Einsicht hat sich noch lange nicht durchgesetzt. Die Frage, ob

Am 3. April sind allein in Deutschland über 500.000 Menschen aufgestanden und haben ihre Wut über Sozialabbau und „neoliberale“ Politik zum Ausdruck gebracht. Unter den Demonstranten in Stuttgart waren auch Angestellte und Arbeiter des Knappschafts-Krankenhauses Sulzbach. Die ver.di Betriebsgruppe hatte über hundert Karten für den Sonderzug nach Stuttgart vergeben.

In Stuttgart sprachen ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske, Giorgio Caprioli, Generalsekretär der italienischen Metallarbeitergewerkschaft FIM CISL, Tom Kehrbaum für den ASTA Darmstadt und die IG Metall-Jugend, Pfarrerin Bärbel Danner und Pfarrer Paul Schobel für die Kirchen, Astrid Kraus, Mitglied im attac-Koordinierungskreis, sowie Brunhilde Raiser, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Frauenrats.

Der ver.di-Vorsitzende Bsirske formulierte seine Vision, dieser Europäische Aktionstag könne „der Beginn einer wirklichen Volksbewegung werden, einer Volksbewegung aus der Mitte der Gesellschaft heraus, einer Volksbewegung für soziale Gerechtigkeit“. Einig sei sie in vier Hauptzielen: „Arbeit darf nicht arm machen. Der Lohn für Vollzeitarbeit muss zum Leben reichen. Die gesetzliche Rente muss auskömmlich sein. Ein Bildungssystem ohne

die derzeitige Krise nicht am weltweiten Ausbeutungssystem selbst liegt, wird erst gar nicht gestellt. Statt die sinnlose Anhäufung von immer mehr Reichtum in den Händen Weniger zu beenden, wird alles daran gesetzt, den Prozess zu beschleunigen. In diesem Sinn hat die Bundesregierung mit der Agenda 2010 ein gigantisches Massenarbeitsprogramm aufgelegt.“



Nach der Rückkehr stellt der ver.di Sprecher im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach, Michael Quetting, fest:

„Diese Demonstrationen waren ein großer Erfolg. Eine halbe Million haben gezeigt, dass die Regierenden eine Politik gegen die Mehrheit des Volkes betreiben. Die Gewerkschaften können Gegenmacht organisieren. Das macht Hoffnung. Der 3. April war ein guter Beginn für einen notwendigen, harten Kampf



mit langem Atem. Eine andere Politik wird es nur geben, wenn wir unsere eigenen Interessen in die eigene Hand nehmen. Nur durch außerparlamentarischen Druck kann ein Politikwechsel durchgesetzt werden. Deswegen brauchen wir eine europaweite Vernetzung, deswegen brauchen wir eine breite Bewegung von Gewerkschaften, über Globalisierungskritiker bis hin zu den Kirchen. Wir müssen uns bewusst werden, die neoliberale Globalisierung ist gescheitert, sie schadet den meisten Menschen überall auf dem Globus, sie nutzt lediglich den großen transnationalen Konzernen.



Sehr symbolträchtig fanden diese Aktionen mit Beginn des Frühlings statt. Bekanntlich macht eine Schwalbe noch keinen Sommer. Aber der Anfang ist gemacht. Wir sind aufgestanden. Jetzt gilt es sich weiter zu widersetzen.“

Sehr symbolträchtig fanden diese Aktionen mit Beginn des Frühlings statt. Bekanntlich macht eine Schwalbe noch keinen Sommer. Aber der Anfang ist gemacht. Wir sind aufgestanden. Jetzt gilt es sich weiter zu widersetzen.“

Sehr symbolträchtig fanden diese Aktionen mit Beginn des Frühlings statt. Bekanntlich macht eine Schwalbe noch keinen Sommer. Aber der Anfang ist gemacht. Wir sind aufgestanden. Jetzt gilt es sich weiter zu widersetzen.“



*Kommentar:*

## Keine Panik auf der Titanic

500.000 zeigten am 3. April ihre Wut. Auch unsere Kolleginnen und Kollegen waren dabei. Wir stellten Fragen: Warum zahlt jede Krankenschwester mehr Steuern als der gesamte Siemens-Konzern? Warum wird die technische Ausstattung der Bundeswehr bis 2014 für ungeheure 82 Milliarden Mark modernisiert, wo doch der Staat angeblich pleite ist? Warum soll die Arbeitszeit erhöht werden, wenn doch Millionen Menschen arbeitslos sind?

Ja, sie sagen uns: das ist die Globalisierung, so wäre das im Kapitalismus. Und das sei nötig für den Standort Deutschland. Der Standort Deutschland sei das Boot, in dem wir alle sitzen. Doch wie sieht es denn aus, unser gemeinsames Boot? Angesichts der ökonomischen Dauerkrise ähnelt es mehr und mehr der Titanic: 337 Passagiere saßen dort in der Ersten Klasse – zwei Drittel überlebten den Untergang; 285 Menschen in der Zweiten Klasse – die Hälfte überlebte; 1 606 Personen stellten die Besatzung und die Dritte Klasse – nur noch ein Viertel überlebte. So sieht es aus, das Boot. Wir alle sitzen drin, nur einige sitzen sehr viel näher an den Rettungsbooten in Form von Aktienpaketen und privater Altersvorsorge.

Da fragt man sich doch: Ist der Kapitalismus genauso unsinkbar wie die Titanic? Wir müssen es aussprechen, die derzeitige Krise liegt am weltweiten Ausbeutungssystem, sie hat ihre Ursache im Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit.

Und wenn man zur Gruppe Arbeit gehört, dann muss man etwas der Gruppe Kapital nehmen. Man kann statt Gruppe auch Klasse sagen und dann nennt man das Klassenkampf, eine Angelegenheit, die die Herrschende zu unserem Leidwesen gut beherrschen.

Wann begreifen wir das? Demonstrationen werden auf Dauer nicht reichen. Nehmen wir z.B. die Arbeitszeitverlängerung. Ohne Streik werden wir das nicht verhindern. Anders geht es nicht. Jetzt sind wir aufgestanden! Das war beeindruckend. Natürlich ist der Schröder nicht in die Knie gegangen. So schnell geht es nicht. Aber, Freunde, keine Panik auf der Titanic! Gehen wir nicht gleich wieder ins Bett.

D. R. Brunner

*Der 1. Mai ist unser Feiertag*

## Kommt zur Demonstration und zum Maifest im DFG

**Der 1. Mai ist unser Feiertag.** Es ist der Tag, an dem in der ganzen Welt die Arbeiter und Angestellten auf die Straße gehen und für ihre Rechte demonstrieren.

Für diesen Tag haben Generationen gekämpft. Mancher ist dafür gestorben. Gerade heute in Zeiten der Globalisierung ist es nötig, dass viele Menschen an diesem Tag ihre Rechte lautstark zu Gehör bringen.

Deswegen ist es eine gute Tradition, wenn sich die Betriebsgruppe auch dieses Jahr an Demonstration und Maifest beteiligen.

Wir treffen uns um 11.00 Uhr zur Demo am Saarbrücker Schlossplatz. Von dort geht es zur Kundgebung in den Deutsch-Französischen Garten. Hier findet um 12.00 Uhr die Kundgebung statt. Anschließend startet das große Maifest, zu dem sich die Sulzbacher immer in der Nähe des Festzeltes treffen.

Auf der großen Bühne wird Klaus Lage spielen. Ein Kinderprogramm ist selbstverständlich, es gibt eine Infostraße und im Festzelt spielt Sarrebruck Libre und, und, und...

*Wir haben ein Konzept*

## Wer den Reichen nichts nimmt, kann uns nichts geben

Eine halbe Million Menschen stehen auf gegen Sozialabbau. Und für eine andere Politik. Der SPD-Vorsitzende Müntefering versucht den Protest abzuwerten: Die Gewerkschaften seien ja nur Besitzstandswahrer, sie haben keine Konzepte. Das ist falsch. Unsere Konzepte liegen seit langem vor.

„Die Binnennachfrage ist viel zu schwach, sie ist die Achillesferse der deutschen Konjunktur.“ Fast täglich finden sich derartige Meldungen in unseren Zeitungen. Die gleichen Wissenschaftler, die in Lohnrunden mit dem Appell der Mäßigung den Unternehmern zur Seite stehen, wundern sich jetzt, dass die Menschen zu wenig konsumieren. Die gleichen Politiker, die bei Steuersenkungen vor allem die Reichen bedienen, beklagen sie jetzt über den „Käuferstreik“. So hat in diesem Jahr der Einkommensmillionär ein Steuergeschenk von 30.000 Euro erhalten. Der Durchschnittsverdiener mit einem Einkommen von 30.000 Euro erhält gerade eine Steuererleichterung von 400 Euro.

Deutschland ist ein reiches Land. Die Lücke zwischen Arm und Reich klafft jedoch immer weiter auseinander. Gerade ein halbes Prozent der Bevölkerung verfügt über 25 Prozent des Geldvermögens. Dieser Reichtum wird zum allergrößten Teil nicht nachfragewirksam. Da muss gegengesteuert werden. Lohnerhöhungen müssen mindestens so hoch sein wie die Steigerung der Preise und der Produktivität. Denn durch unser aller Arbeit und dank unserer pfiffigen Ideen wird in immer weniger Zeit immer mehr geschaffen.

In den letzten 20 Jahren waren die Lohnerhöhungen fast in jedem Jahr zu niedrig. Das

summiert sich inzwischen auf 17 Prozent. Kein Wunder, dass die Binnennachfrage so geschwächt ist und die Arbeitslosigkeit steigt. Wenn die Menschen mit höheren Einkommen mehr kaufen können, haben die Betriebe wieder volle Auftragsbücher. Die Arbeitsplätze werden wieder sicherer. Und es gibt wieder mehr Jobs. Das ist gut für die Arbeitslosen. Auch in die Renten- und Krankenversicherung fließen so wieder mehr Beiträge.

Die Vordenker der Unternehmer verkünden: Die Einkommen müssen um 20 Prozent runter. Und die Sozialhilfe soll gleich mit geschliffen werden. Unter anderem damit das Lohn- und Gehaltsgefüge nach unten rutscht! So soll die Wettbewerbsfähigkeit weiter gesteigert werden. Dabei ist Deutschland schon Exportweltmeister. 2003 wurde ein neuer Rekord beim Exportüberschuss erreicht: 100 Milliarden Euro.

Wir wollen die Reform der Unternehmensbesteuerung. Die übergroße Trickkiste zum Steuer „sparen“ muss dicht gemacht werden. Teilweise haben sich Aktiengesellschaften und GmbHs ganz vom Steuerzahlen verabschiedet. Die Zukunft unseres Landes, die Zukunft unserer Kinder, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muss Vorrang haben. Und nicht die Privilegierung hoher Einkommen und großer Vermögen!

Impressum:

ver.di Betriebsgruppe im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach  
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft  
ver.di - Fachbereich 03  
Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen  
Fachgruppe: Krankenhäuser  
St. Johanner Str. 49; 66123 Saarbrücken  
Eigendruck; V.i.S.d.P.: Thomas Müller  
E-Mail: verdikkhs@aol.com  
<http://www.durchblick.2-www.de>